

## Energiebesteuerung in Frankreich

### Sachstand im Vorfeld der EU-Energiesteuerreform

Ola Hanafi



Die EU-Kommission plant eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie [2003/96/EG]: Die Steuersätze für fossile Brennstoffe sollen sich nach deren CO<sub>2</sub>-Gehalt richten und die Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen. Für Frankreich bedeutet das:

- ▶ Frankreich ist anderen EU-Mitgliedstaaten voraus, da die französischen Energiesteuern auf fossile Brennstoffe bereits heute teilweise auf deren CO<sub>2</sub>-Gehalt basieren und ab 2020 die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollen.
- ▶ Das französische Energiesteuersystem enthält derzeit noch erhebliche Subventionen für fossile Brennstoffe in Form von Steuerbefreiungen und -ermäßigungen, die sich 2018 auf 13,6 Milliarden Euro beliefen. Frankreich sollte seine Pläne für deren schrittweise Verringerung verstärken.
- ▶ EU-Mindeststeuersätze für fossile Brennstoffe auf der Grundlage ihres CO<sub>2</sub>-Gehalts und eine EU-einheitliche Definition von Subventionen für fossile Brennstoffe würden Wettbewerbsverzerrungen verringern und damit den Ausstieg aus den Subventionen für fossile Brennstoffe erleichtern.
- ▶ Um nach den Gelbwesten-Protesten die Akzeptanz einer stärkeren CO<sub>2</sub>-Besteuerung zu erhöhen, sollte die französische Regierung einen beträchtlichen Teil der Einnahmen aus den Steuern auf fossile Brennstoffe an die Haushalte und Unternehmen zurückgeben.

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einführung</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>EU-Recht zur Energiebesteuerung</b> .....	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Energiebesteuerung in Frankreich</b> .....	<b>5</b>
3.1	Konventionelles Energiebesteuerungssystem .....	5
3.2	Einbeziehung der CO <sub>2</sub> -Bepreisung in die Energiebesteuerung („CO <sub>2</sub> -Steuer“) .....	6
3.3	Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten .....	8
<b>4</b>	<b>Subventionen für fossile Brennstoffe in Frankreich</b> .....	<b>8</b>
4.1	Drei Definitionen von Subventionen für fossile Brennstoffe .....	9
4.2	Aktuelle Subventionen für fossile Brennstoffe .....	9
4.3	Geplante Änderungen der Subventionen für fossile Brennstoffe .....	11
<b>5</b>	<b>Bewertung</b> .....	<b>12</b>
<b>6</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>13</b>

## Abbildungen

Abb. 1:	Energiesteuern in Prozent des BIP .....	8
---------	---	---

## Tabellen

Tab. 1:	Steuersatz der CO <sub>2</sub> -Komponente CCE in Frankreich und Einnahmen der CCE .....	7
---------	--	---

## 1 Einführung

Traditionell wird Energie von nationalen Regierungen hauptsächlich zur Erzielung von Einnahmen, aber auch als Anreiz für Energieeinsparungen besteuert. Auf EU-Ebene wurden mit der Energiebesteuerungsrichtlinie [2003/96/EG] („ETD“) aus dem Jahr 2003 die Mindeststeuersätze für Energie zwischen den Mitgliedstaaten harmonisiert, um die Energiekosten für Unternehmen, die im gemeinsamen Markt tätig sind, anzugleichen.<sup>1</sup> Angesichts der zunehmenden Besorgnis über den Klimawandel und des Ziels<sup>2</sup> der EU-Klimaneutralität bis 2050 plant die EU-Kommission, die EU-Steuerpolitik an ihren Klimazielen auszurichten.<sup>3</sup> Dazu gehört die Änderung der ETD, sodass die Steuersätze für fossile Brennstoffe auf ihrem Gehalt an Kohlendioxid („CO<sub>2</sub>“) basieren können.<sup>4</sup> Darüber hinaus beinhaltet diese Strategie die schrittweise Abschaffung der immer noch weit verbreiteten Subventionen für fossile Brennstoffe in allen EU-Mitgliedstaaten. Frankreich wurde von der EU-Kommission aufgefordert, in seinem endgültigen Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) über all seine Energiesubventionen, insbesondere für fossile Brennstoffe, zu berichten.<sup>5</sup> Frankreich ist der einzige Mitgliedstaat, der die Subventionen für fossile Brennstoffe seit 2008 erhöht hat<sup>6</sup>, und beginnt ab 2020 mit deren Abbau.

Im Vorfeld der geplanten Angleichung der EU-Steuerpolitik an die EU-Klimaziele analysiert dieser ceplInput das System der Energiebesteuerung in Frankreich und nimmt die französischen Subventionen für fossile Brennstoffe unter die Lupe, um Lehren aus den französischen Erfahrungen zu ermitteln, die andere Mitgliedstaaten aus den französischen Erfahrungen ziehen könnten. Dazu skizzieren wir kurz den rechtlichen Rahmen der EU (Abschnitt 2) und geben dann einen Überblick über die französische Energiebesteuerung (Abschnitt 3) und die Subventionen für fossile Brennstoffe (Abschnitt 4). Es folgt eine Bewertung der französischen Situation im Zusammenhang mit den geplanten Änderungen der Energiebesteuerung und der Subventionen für fossile Brennstoffe auf EU-Ebene (Abschnitt 5). Abschließend ziehen wir einige Schlussfolgerungen (Abschnitt 6).

## 2 EU-Recht zur Energiebesteuerung

Die ETD legt Mindeststeuersätze für „Energieprodukte“ fest – Benzin, Diesel, Gasöl, leichtes und schweres Heizöl, Kerosin, Flüssiggas, Erdgas, Koks und Kohle – die als Motor- und Heizungsbrennstoffe und zur Stromerzeugung verwendet werden. Diese indirekten Steuern auf Energieprodukte basieren auf ihrem Volumen oder ihrer Masse. Die ETD definiert auch die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten Steuerbefreiungen und -ermäßigungen anwenden können. Versuche der EU-Kommission im Jahr 2011, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, fossile Brennstoffe auch nach ihrem CO<sub>2</sub>-Gehalt zu

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:283:0051:0070:DE:PDF>.

<sup>2</sup> Europäischer Rat (2019), Tagung des Europäischen Rates vom 12. Dezember 2019 – Schlussfolgerungen, <https://www.consilium.europa.eu/media/41779/12-euco-final-conclusions-de.pdf>.

<sup>3</sup> EU Commission (2020) Inception impact assessment – Ares(2020)1350088, <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12227-Revision-of-the-Energy-Tax-Directive>.

<sup>4</sup> EU-Kommission (2019), Der europäische Grüne Deal, Mitteilung COM(2019) 640 vom 11. Dezember 2019 [im Folgenden: COM(2019) 640], S. 4, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM:2019:640:FIN>.

<sup>5</sup> EU Commission (2019), Assessment of the draft National Energy and Climate Plan of France, Commission Staff Working Document SWD(2019) 263 vom 18. Juni 2019 [im Folgenden: SWD(2019) 263]; [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/fr\\_swd\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/fr_swd_en.pdf).

<sup>6</sup> Ebd.; EU-Kommission (2019), Energiepreise und Energiekosten in Europa, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2019) 1. <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2019/EN/COM-2019-1-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF>.

besteuern, um einen Anreiz zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu schaffen, blieben erfolglos, da ihr Vorschlag zur Änderung der ETD im Rat nicht angenommen wurde.<sup>7</sup> Der Vorschlag war vom Europäischen Parlament abgeändert worden, um die vorgeschlagene Abschaffung der steuerlichen Vorzugsbehandlung von Dieselmotoren für die Landwirtschaft und den gewerblichen Verkehr zu beseitigen. Die Verhandlungen innerhalb des Rates stießen auf starken Widerstand aus dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Polen.<sup>8</sup> Es wurde kein Konsens erzielt. Da Steuerfragen der Einstimmigkeit unterliegen, zog die EU-Kommission ihren Vorschlag 2015 zurück.<sup>9</sup>

Die EU-Kommission plant zum Juni 2021 eine Aktualisierung der ETD.<sup>10</sup> Diese Richtlinie steht nach Ansicht der Kommission nicht mehr im Einklang mit den Zielen der EU für Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduktion.<sup>11</sup> Die Verantwortung für die Revision der ETD liegt bei Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni, in Abstimmung mit Frans Timmermans, dem Exekutiv-Vizepräsidenten für den „europäischen Grünen Deal“, und Kadri Simson, dem Kommissar für Energie. Die neue Richtlinie muss dazu beitragen, die Ziele des „europäischen Grünen Deals“ zu erreichen, indem sie die richtigen Anreize schafft, um „das Verhalten von Produzenten, Nutzern und Verbrauchern in Richtung einer klimaneutralen Wirtschaft“ zu lenken<sup>12</sup>, insbesondere im Verkehrssektor. Dazu gehört auch die Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe, was dazu beitragen würde, dass die erneuerbaren Energien gleichberechtigt mit den fossilen Brennstoffen konkurrieren können.<sup>13</sup> Unter den auslaufenden Subventionen für fossile Brennstoffe hebt Frans Timmermans die Steuerbefreiung für Kerosin hervor.<sup>14</sup> Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind jedoch nur einige wenige Details des angekündigten Vorschlags öffentlich zugänglich. Bei den Anhörungen der beteiligten Kommissare wurden vier Punkte angesprochen. Erstens ist für Paolo Gentiloni und Kadri Simson das Ambitionsniveau des neuen ETS mit den Energie- und Klimazielen der Kommission und der dann aktualisierten Form des EU-ETS, d.h. so, wie es erweitert werden soll, verknüpft.<sup>15</sup> Zweitens muss die neue Energiebesteuerung „gerecht und sozial ausgewogen“ sein.<sup>16</sup> Drittens würden die Mitgliedstaaten aufgefordert, detaillierte Informationen über ihre bestehenden Subventionen für fossile Brennstoffe und ihre Politik zu deren Abbau vorzulegen.<sup>17</sup> Schließlich muss die Frage der Einstimmigkeit von Ratsbeschlüssen zur Energiepolitik behandelt werden.

<sup>7</sup> EU-Kommission (2011), Vorschlag KOM(2011) 169 vom 13. April 2011 für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/96/EG zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011PC0169&id=1581694196168&rom=DE>; siehe Reichert, G. / Voßwinkel, J. S. (2011), Energiebesteuerung, [cepAnalyse](#).

<sup>8</sup> Conseil des Prélèvements Obligatoires (2019), La fiscalité environnementale au défi de l'urgence climatique, S. 195 [im Folgenden: CPO-Bericht (2019)], [https://www.ccomptes.fr/system/files/2019-09/20190918-CPO-fiscalite-environnementale\\_0.pdf](https://www.ccomptes.fr/system/files/2019-09/20190918-CPO-fiscalite-environnementale_0.pdf).

<sup>9</sup> EUR-Lex, Verfahren 2011/0092/CNS, [https://eur-lex.europa.eu/procedure/DE/2011\\_92](https://eur-lex.europa.eu/procedure/DE/2011_92).

<sup>10</sup> EU Commission (2020) Inception impact assessment – Ares(2020)1350088, <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12227-Revision-of-the-Energy-Tax-Directive>.

<sup>11</sup> EU-Kommission (2019), Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Bewertung der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, [im Folgenden: SWD(2019) 332 final], <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10102/2019/DE/SWD-2019-332-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>.

<sup>12</sup> Gentiloni, S. (2019), Answers to the European Parliament, S. 5.

<sup>13</sup> Simson, K. (2019), Hearing of Kadri Simson, S. 13, <https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20191003RES63376/20191003RES63376.pdf>.

<sup>14</sup> Timmermans, F. (2019), Answers to the European Parliament, S. 43, <https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20190927RES62422/20190927RES62422.pdf>.

<sup>15</sup> Gentiloni, S. (2019), Answers to the European Parliament, S. 7; Simson, K. (2019), Hearing of Kadri Simson, S. 13.

<sup>16</sup> Gentiloni, S. (2019), Answers to the European Parliament, S. 7.

<sup>17</sup> Timmermans, F. (2019), Answers to the European Parliament, S. 10.

### 3 Energiebesteuerung in Frankreich

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Energiebesteuerung in Frankreich. Erstens beschreiben wir die konventionelle Energiebesteuerung, wie sie derzeit besteht. Zweitens analysieren wir die Entwicklung der französischen Energiesteuern seit 2014, mit der durch die schrittweise Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung eingeführt wurde. Schließlich werden die Energiesteuersätze in Frankreich mit denen in der EU verglichen.

#### 3.1 Konventionelles Energiebesteuerungssystem

Die Energiebesteuerung in Frankreich stellt einen wichtigen Teil der Umweltsteuerpolitik dar, die im Jahr 2018 46,57 Milliarden Euro ausmachte – 83% der gesamten Einnahmen aus Umweltsteuern.<sup>18</sup> Die Steuersätze werden jährlich vom Parlament festgelegt.<sup>19</sup> Die französischen Energiesteuern lassen sich in drei Untergruppen unterteilen: Steuern auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe, Steuern auf den Stromverbrauch und eine dritte Gruppe, die alle übrigen Energiesteuern umfasst.

**Die Steuern auf fossile Brennstoffe** – 73% der gesamten Energiebesteuerung – bestehen aus drei inländischen Verbrauchssteuern: auf Ölprodukte (TICPE)<sup>20</sup>, auf Gas (TICGN)<sup>21</sup> und auf Kohle (TICC)<sup>22</sup>. Die erhobene Steuer richtet sich nach dem Volumen oder der Masse der Energieprodukte und deren CO<sub>2</sub>-Emissionen (Abschnitt 3.2). Die TICPE ist eine wichtige Einnahmequelle für die französische Regierung, die im Jahr 2018 31,8 Mrd. Euro ausmachte, was 68% der gesamten Einnahmen aus der Energiebesteuerung in Frankreich in diesem Jahr entspricht.<sup>23</sup>

**Die Steuern auf den Stromverbrauch** – 22% der gesamten Energiebesteuerung – bestehen hauptsächlich aus lokalen Steuern auf den Stromverbrauch für eine vertraglich vereinbarte Leistung bis 250 kW (TLCFE)<sup>24</sup> – 2,13 Milliarden Euro im Jahr 2018 – und einem Beitrag zum öffentlichen Stromdienst (CSPE)<sup>25</sup> – 7,71 Milliarden Euro im Jahr 2018.<sup>26</sup>

**Andere Energiesteuern** – 5% der gesamten Energiebesteuerung – beinhalten hauptsächlich eine Pauschalsteuer für Netzbetriebe (IFER), die pro MW oder kW installierter Leistung zu zahlen ist.<sup>27</sup> Die IFER-Steuern beliefen sich 2018 auf 1,35 Milliarden Euro.<sup>28</sup>

Historisch gesehen wurde die Energiebesteuerung in Frankreich geschaffen, um Einnahmen zu erzielen.<sup>29</sup> Die Einnahmen aus den Steuern auf den Stromverbrauch wurden jedoch zum Teil dem Sonderzuweisungsfonds für die Energiewende (CAS TE) zugewiesen, der hauptsächlich zur

---

<sup>18</sup> CPO-Bericht (2019), S. 209 ff.

<sup>19</sup> Conseil des Prélèvements Obligatoires (2019), Panorama de la fiscalité environnementale en France, S. 39, [im Folgenden: CPO-Sonderbericht Nr. 1 (2019)], <https://www.ccomptes.fr/system/files/2019-09/20190918-rapport-particulier1-CPO-fiscalite-environnementale.pdf>.

<sup>20</sup> „Taxe Intérieure de Consommation sur les Produits Energétiques“ (TICPE).

<sup>21</sup> „Taxe Intérieure de Consommation sur le Gaz Naturel“ (TICGN).

<sup>22</sup> „Taxe Intérieure de Consommation sur le Charbon“ (TICC).

<sup>23</sup> CPO-Bericht (2019), S. 209 ff.

<sup>24</sup> „Taxes Locales sur la Consommation Finale d'Electricité“ (TLCFE).

<sup>25</sup> „Contribution au Service Public de l'Electricité“ (CSPE).

<sup>26</sup> CPO-Bericht (2019), S. 21.

<sup>27</sup> „Impositions Forfaitaires sur les Entreprises de Réseaux“ (IFER). Das IFER umfasst nicht nur Energienetze, sondern auch Netzbetriebe im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich.

<sup>28</sup> Berechnung der Autorin auf der Grundlage von Daten aus dem CPO-Bericht (2019), S. 209 ff.

<sup>29</sup> CPO-Bericht (2019), S. 50.

Finanzierung des Einsatzes erneuerbarer Energien<sup>30</sup> verwendet wird.<sup>31</sup> Die EU-Kommission kritisierte diese Einnahmenezuweisung, da sie dazu führte, dass – vermittelt dieser Steuern – importierter Strom die Einführung erneuerbarer Energien unterstützte – was nur den französischen Produzenten zugutekam.<sup>32</sup> Infolgedessen wurden 2017 die TICPE und die TICC zur Hauptquelle für die Finanzierung der Energiewende. Der dem CAS TE zugewiesene Festbetrag<sup>33</sup> wird entsprechend den Ausgabenprognosen festgelegt. Im Jahr 2018 wurden nur 20% – 6,6 Milliarden Euro – der Einnahmen z.B. aus der TICPE-Verbrauchssteuer auf Ölprodukte für die Energiewende verwendet.<sup>34</sup>

### 3.2 Einbeziehung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in die Energiebesteuerung („CO<sub>2</sub>-Steuer“)

Die Energiebesteuerung in Frankreich hat sich mit der Einführung von CO<sub>2</sub>-Preisen im Transport- und Heizungssektor („CO<sub>2</sub>-Steuer“) im Jahr 2014 erheblich verändert. Technisch gesehen wurde die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch eine „CO<sub>2</sub>-Komponente“ (CCE)<sup>35</sup> erreicht, die proportional zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen ist, die durch den Verbrauch von Öl, Erdgas und Kohle verursacht werden, und die zu den entsprechenden Steuern auf fossile Brennstoffe hinzugerechnet wurde. Der Stromverbrauch wurde von der CCE ausgeschlossen, da der Strom in Frankreich überwiegend durch Kernkraft erzeugt wird. Tabelle 1 dokumentiert die Entwicklung der CCE. Der Steuersatz wurde ursprünglich auf 7Euro/t CO<sub>2</sub> festgelegt, mit dem Ziel, ihn im Laufe der Zeit zu erhöhen.<sup>36</sup> CCE-Trajektorien mit jährlichen Werten wurden im Finanzgesetz 2014<sup>37</sup>, im Gesetz über den Energieübergang (LTECV 2015)<sup>38</sup> und im Finanzgesetz 2018<sup>39</sup> festgelegt. Die Werte für 2020 und 2030 wurden im LTECV 2015 angekündigt. Als Reaktion auf die Proteste der Gelbwesten-Bewegung hat die Regierung in ihrem Finanzgesetz 2019 die CCE für den Zeitraum von 2019 bis 2022 auf dem Niveau von 2018 eingefroren.<sup>40</sup>

<sup>30</sup> „Compte d’Affectation Spéciale Transition Énergétique“ (CAS TE).

<sup>31</sup> Cour des comptes (2018), Compte d’affectation spéciale « Transition énergétique » Note d’analyse de l’exécution budgétaire 2018, p. 12, <https://www.ccomptes.fr/system/files/2019-05/NEB-2018-Transition-energetique.pdf>.

<sup>32</sup> Ebd., S. 52.

<sup>33</sup> LOI n° 2017-1775 du 28 décembre 2017 de finances rectificative pour 2017, Art. 3, <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2017/12/28/2017-1775/jo/texte>.

<sup>34</sup> CPO-Bericht (2019), S. 34.

<sup>35</sup> „Contribution Climat Énergie“ (CCE).

<sup>36</sup> LOI n° 2013-1278 du 29 décembre 2013 de finances pour 2014, Art. 32 [im Folgenden: LOI n° 2013-1278], <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2013/12/29/2013-1278/jo/texte> i.V.m. Projet de loi de finances pour 2014, n° 1395, Art. 20, exposé des motifs [im Folgenden: PLF 2014] <http://www.assemblee-nationale.fr/14/pdf/projets/pl1395.pdf>.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> LOI n° 2015-992 du 17 août 2015 relative à la transition énergétique pour la croissance verte, Art. 1, [https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2015/8/17/2015-992/jo/article\\_1](https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2015/8/17/2015-992/jo/article_1), geändert durch LOI n° 2015-1786 du 29 décembre 2015 de finances rectificative pour 2015, Art. 16, [https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2015/12/29/2015-1786/jo/article\\_16](https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2015/12/29/2015-1786/jo/article_16).

<sup>39</sup> LOI n° 2017-1837 du 30 décembre 2017 de finances pour 2018, Art. 16 [im Folgenden: LOI n° 2017-1837], [https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2017/12/30/2017-1837/jo/article\\_16](https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2017/12/30/2017-1837/jo/article_16) i.V.m. Projet de loi de finances pour 2018, n° 235, S. 45, Art. 9, exposé des motifs [im Folgenden: PLF 2018], [https://www.performance-publique.budget.gouv.fr/sites/performance\\_publique/files/farandole/ressources/2018/pap/pdf/PLF2018.pdf](https://www.performance-publique.budget.gouv.fr/sites/performance_publique/files/farandole/ressources/2018/pap/pdf/PLF2018.pdf).

<sup>40</sup> LOI n° 2018-1317 du 28 décembre 2018 de finances pour 2019, Art. 64, <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2018/12/28/2018-1317/jo/texte>; CPO-Sonderbericht Nr. 1 (2019), S. 45.



**Tab.1 Steuersatz der CO<sub>2</sub>-Komponente CCE in Frankreich und Einnahmen der CCE**

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2030
<b>Steuersatz [Euro / t CO<sub>2</sub>]</b>										
Finanzgesetz 2014	7,00	14,50	22,00							
LTECV 2015				30,50	39,00	47,50	56,00			100,00
Finanzgesetz 2018					44,60	55,00	65,40	75,80	86,20	-
Finanzgesetz 2019						44,60	44,60	44,60	44,60	
<b>CCE-Einnahmen [Milliarden Euro]</b>										
	0,30	2,30	3,80	5,50	10,30					

Quelle: Rechtstexte; CPO-Sonderbericht Nr. 1 (2019), S. 45.

Mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung begannen die Einnahmen aus den Steuern auf fossile Brennstoffe in Frankreich erheblich zu steigen. Die Höhe der CO<sub>2</sub>-Preise in Frankreich orientiert sich am sogenannten „CO<sub>2</sub>-Schattenpreis“<sup>41</sup> – einem kalkulatorischen CO<sub>2</sub>-Preis, der notwendig ist, um ein vordefiniertes Emissionsziel zu erreichen. Im Jahr 2019 wurde der CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von der zuständigen Kommission an das neue nationale CO<sub>2</sub>-Neutralitätsziel für 2050 angepasst.<sup>42</sup> Die französische Regierung hatte jedoch bereits vor der Aktualisierung des Schattenpreises die Entwicklung der CCE-Steuersätze im Jahr 2018 an das aktualisierte CO<sub>2</sub>-Ziel angepasst.<sup>43</sup> Diese Erhöhung der CCE führte 2018 zu einem zusätzlichen Umsatz von 3,9 Milliarden Euro.<sup>44</sup> Insgesamt sind die Steuereinnahmen aus der TICPE seit 2014 jährlich um 7 bis 10% gestiegen.<sup>45</sup> Die Steuereinnahmen aus dem Erdgasverbrauch haben sich zwischen 2014 und 2018 verzehnfacht.<sup>46</sup> Darüber hinaus wurde die TICPE für Diesel nicht nur durch die CO<sub>2</sub>-Steuer, sondern auch durch die Benzin-Diesel-Steuerkonvergenz beeinflusst, welche die Dieselkraftstoffsteuer graduell von 2015 bis 2021 auf das Niveau der geltenden Benzinsteuer anhebt.<sup>47</sup> Dementsprechend belief sich der kumulative Anstieg des Dieselpreises im Jahr 2019 auf 10,93% seines Preises an der Zapfsäule.<sup>48</sup> Das Einfrieren der CCE und der Benzin-Diesel-Steuerkonvergenz für 2019 bis 2022 hat jedoch zu einer Stagnation der Einnahmen aus Steuern auf fossile Brennstoffe geführt.

<sup>41</sup> Documentation française. (2009). Rapport de la Commission présidée par Alain Quinet, La Valeur Tutélaire du Carbone, <https://www.vie-publique.fr/sites/default/files/rapport/pdf/094000195.pdf>; France Stratégie (2019). Rapport de la commission présidée par Alain Quinet, La Valeur de l'Action pour le Climat, [https://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs-2019-rapport-la-valeur-de-laction-pour-le-climat\\_0.pdf](https://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs-2019-rapport-la-valeur-de-laction-pour-le-climat_0.pdf).

<sup>42</sup> Der CO<sub>2</sub>-Schattenpreis stieg von 100 Euro/tCO<sub>2</sub> auf 250 Euro/tCO<sub>2</sub> im Jahr 2030.

<sup>43</sup> LOI n° 2017-1837, Art. 16 i.V.m. PLF 2018, Art. 9.

<sup>44</sup> SENAT (2017), Projet de loi de finances pour 2018: Fiscalité de la transition écologique, Avis n° 113 (2017-2018), S. 34, <https://www.senat.fr/rap/a17-113-1/a17-113-1.html>.

<sup>45</sup> CPO-Bericht (2019), S. 22.

<sup>46</sup> Ebd.

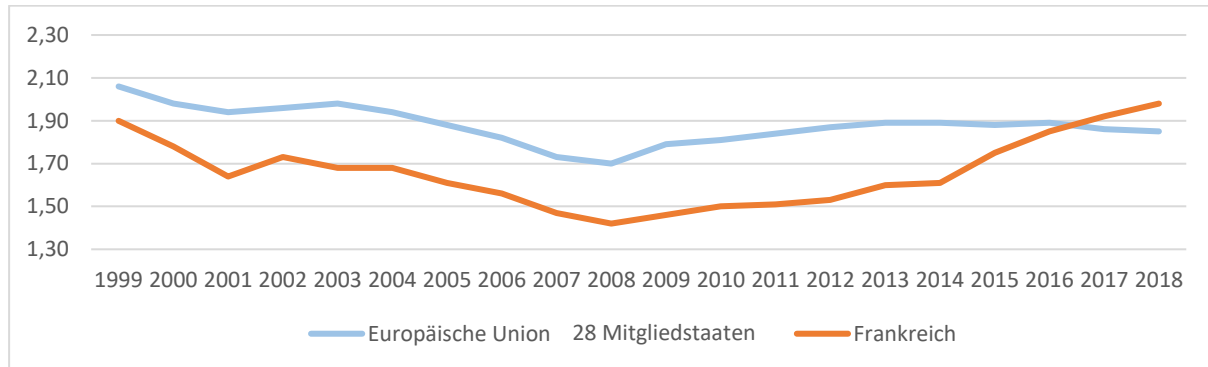
<sup>47</sup> LOI n° 2014-1654 du 29 décembre 2014 de finances pour 2015, Art. 36, [https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2014/12/29/2014-1654/jo/article\\_36](https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2014/12/29/2014-1654/jo/article_36); LOI n° 2017-1837, Art. 16 i.V.m. PLF 2018, Art. 9.

<sup>48</sup> Gloriant (2018), Une Evaluation Quantifiée De La "Taxe Carbone" Française, Information et Débats N°2018-57, Climat Economic Chaire, <https://www.chaireeconomieduclimat.org/wp-content/uploads/2018/10/ID57.pdf>.

### 3.3 Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten

In Frankreich liegen die Energiesteuereinnahmen im Verhältnis zum BIP – zumindest seit 1999 – unter dem EU-Durchschnitt. Durch die Einführung der CCE im Jahr 2014 und dessen starken Anstieg konnte Frankreich den EU-Durchschnitt aufholen und 2017 um 0,08 Prozentpunkte überholen (Abb. 1).

**Abb. 1 Energiesteuern in Prozent des BIP**



Quelle: Eurostat

Auf EU-Ebene ist die Höhe der Benzinbesteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten recht unterschiedlich. Sie liegt im Durchschnitt bei 557 Euro / 1000 Liter – und damit deutlich über der in der ETD festgelegten Mindeststeuer von 359 Euro. Im Gegensatz dazu ist der Unterschied bei der Dieselbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten weniger stark ausgeprägt, und das durchschnittliche Niveau von 448 Euro liegt näher an dem von der ETD festgelegten Mindestniveau von 330 Euro.<sup>49</sup> Am 1. Januar 2019 hatte Frankreich sowohl für Benzin – nach den Niederlanden, Italien und Griechenland – als auch für Diesel – nach dem Vereinigten Königreich, Italien und Belgien – das vierthöchste Steuerniveau in der EU. Benzin wird in Frankreich mit 683 Euro besteuert, 126 Euro höher als der durchschnittliche Steuersatz in der EU. Diesel wird in Frankreich mit 594 Euro / 1000 Liter besteuert, was 169 Euro über dem EU-Durchschnitt liegt. Im Vergleich zu seinen Nachbarländern<sup>50</sup> ist die Kraftstoffsteuer in Frankreich für Benzin um 16% und für Diesel um 21% höher. Der Unterschied ist jedoch geringer, wenn wir die Energiesteuereinnahmen als Prozentsatz des BIP betrachten.<sup>51</sup> Diese Diskrepanz lässt sich durch die große Zahl von Steuergutschriften und -befreiungen in Frankreich erklären (siehe Abschnitt 4).

## 4 Subventionen für fossile Brennstoffe in Frankreich

In seinem am 15. Februar 2019 vorgelegten Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) behauptete Frankreich, keine Subventionen für fossile Brennstoffe zu haben.<sup>52</sup> In ihrer Bewertung des NECP-Entwurfs war die Kommission jedoch in dieser Frage gegenteiliger Ansicht und forderte Frankreich auf, in den endgültigen Entwurf eine Liste seiner Energiesubventionen sowie der Maßnahmen aufzunehmen, die ergriffen wurden oder geplant sind, um diese auslaufen zu lassen, insbesondere für fossile Brennstoffe.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> European Automobile Manufacturers Association (2019), ACEA Tax Guide 2019, p. 8, [https://www.acea.be/uploads/news\\_documents/ACEA\\_Tax\\_Guide\\_2019.pdf](https://www.acea.be/uploads/news_documents/ACEA_Tax_Guide_2019.pdf).

<sup>50</sup> Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Höhe der Kraftstoffbesteuerung in Österreich, Belgien, Deutschland, Italien, Luxemburg, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich.

<sup>51</sup> Die französischen Energiesteuereinnahmen in Prozent des BIP sind nur 10% höher als der Durchschnitt der Nachbarländer.

<sup>52</sup> Projet de Plan National Intègre Énergie-Climat de la France [im Folgenden: Entwurf des NECP] S. 90, [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/france\\_draftnecp.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/france_draftnecp.pdf).

<sup>53</sup> SWD(2019) 263, S. 12.



Die Diskrepanz zwischen der französischen und der Kommissionsansicht ergibt sich aus den unterschiedlichen Definitionen, die von beiden Seiten verwendet werden.

#### 4.1 Drei Definitionen von Subventionen für fossile Brennstoffe

Es gibt drei verschiedene Definitionen von Subventionen für fossile Brennstoffe, die von den internationalen Organisationen verwendet werden, welche Daten zu diesem Thema veröffentlichen: Internationale Energieagentur (IEA), OECD und IWF. Die französische Regierung orientiert sich bei ihrem NECP an der IEA-Definition.

Die **IEA**-Definition umfasst alle staatlichen Zahlungen zugunsten des Energiesektors, die eine Senkung der Produktionskosten von Energie, eine Erhöhung des an die Erzeuger gezahlten Preises oder eine Senkung des von den Verbrauchern gezahlten Preises beinhalten.<sup>54</sup> Die IEA verwendet einen Preisabstandsansatz, der den Abstand zwischen dem vollen Produktions- oder Importpreis und den von den Endnutzern gezahlten Preisen misst. Nach dieser Definition gibt es in Frankreich derzeit keine Subventionen für fossile Brennstoffe. Die **OECD**-Definition umfasst alle Maßnahmen, die die Verbraucherpreise unter dem Marktpreis oder die Erzeugerpreise über dem Marktpreis halten oder die Kosten für Verbraucher oder Erzeuger senken, und zwar auch dann, wenn die von den Endverbrauchern gezahlten Preise höher sind als der Produktionspreis.<sup>55</sup> Die OECD-Definition von Energiesubventionen umfasst auch den Verzicht auf Steuereinnahmen („Steuer-Mindereinnahmen“) – z.B. durch Steuergutschriften oder andere steuerliche Anreize. Unter Verwendung dieser erweiterten Definition umfassen die Energiesubventionen in Frankreich alle entgangenen Steuereinnahmen aus inländischen Verbrauchssteuern auf Energieprodukte sowie direkte Subventionen („Budgettransfers“), die an Energieerzeuger oder -verbraucher vergeben werden und über den Haushalt finanziert werden. Die OECD registriert 4,8 Milliarden Euro an französischen Subventionen für fossile Brennstoffe durch Steuer-Mindereinnahmen und 79,8 Millionen Euro durch Budgettransfers im Jahr 2015.<sup>56</sup> Der **IWF** erweitert die Definitionen der IEA und der OECD, indem er die externen Kosten in die vollen Produktionskosten einbezieht, was eine Liste der Externalitäten und eine Berechnung ihres Geldwertes erforderlich macht.

Nach der Definition des IWF beliefen sich die französischen Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2015 auf 32,2 Milliarden Euro.<sup>57</sup>

#### 4.2 Aktuelle Subventionen für fossile Brennstoffe

Der Bericht des Rechnungshofs und der gemeinsame Bericht des Allgemeinen Rates für Umwelt und nachhaltige Entwicklung und der Generalinspektion der Finanzen verwenden die OECD-Definition und betrachten im Gegensatz zur französischen Regierung auch Steuer-Mindereinnahmen bei der internationalen Luftfahrt und Schifffahrt sowie die Steuerdifferenz zwischen Benzin und Diesel als Subvention für fossile Brennstoffe.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> IEA (2019), Energy subsidies, <https://www.iea.org/topics/energy-subsidies>.

<sup>55</sup> OECD (2018) Companion to the Inventory of Support Measures for Fossil Fuels 2018, <https://www.oecd.org/environment/oecd-companion-to-the-inventory-of-support-measures-for-fossil-fuels-2018-9789264286061-en.htm>.

<sup>56</sup> OECD (2019), Fossil Fuel Support- FRA, [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=FFS\\_FRA](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=FFS_FRA).

<sup>57</sup> FMI (2019), Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates, p. 35, <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/05/02/Global-Fossil-Fuel-Subsidies-Remain-Large-An-Update-Based-on-Country-Level-Estimates-46509>.

<sup>58</sup> Inspection Générale des Finances (IGF) / Conseil Général de l'Environnement et du Développement Durable (CGEDD) (2019), Green Budgeting: proposition de méthode pour une budgétisation environnementale [im Folgenden:

Steuer-Mindereinnahmen, einschließlich Energiesteuerbefreiungen und -ermäßigungen, werden EU-weit durch die ETD geregelt. Sie werden entweder auf EU-Ebene auferlegt oder von der EU zur Umsetzung auf nationaler Ebene genehmigt. Zu den auf EU-Ebene auferlegten Ausnahmen gehören Luftverkehr, Fischerei und Seeverkehr sowie Energieprodukte und Strom, die für die Stromerzeugung verwendet werden.<sup>59</sup> Zu den auf nationaler Ebene in Frankreich festgelegten Steuerbefreiungen und -ermäßigungen gehören teilweise Steuerrückerstattungen für landwirtschaftliche Tätigkeiten<sup>60</sup>, den öffentlichen Straßenpersonenverkehr, Taxis, Spediteure und Diesel für Baumaschinen („Off-Road Diesel“).<sup>61</sup> Zusätzlich sind CO<sub>2</sub>-intensive Industrieanlagen, die dem EU-ETS unterliegen, und energieintensive Anlagen, die in der „Carbon Leakage Liste“ der EU aufgeführt sind, von der CCE ausgenommen.<sup>62</sup> Steuer-Mindereinnahmen im Zusammenhang mit Energie sind hauptsächlich in der TICPE und in der TICC zu finden. Diejenigen, die mit den auf EU-Ebene auferlegten Maßnahmen verbunden sind<sup>63</sup>, beliefen sich 2018 auf 4,3 Milliarden Euro, von denen 78% dem Verkehrssektor zugutekommen.<sup>64</sup> Die Steuer-Mindereinnahmen aufgrund nationaler Maßnahmen beliefen sich 2018 auf 5,85 Milliarden Euro.<sup>65</sup> Allein die TICPE umfasst dreiundzwanzig Maßnahmen, die sich 2018 auf 5,83 Milliarden Euro beliefen. Von diesen dreiundzwanzig Maßnahmen werden fünfzehn – 5,3 Milliarden Euro – vom Rechnungshof<sup>66</sup> als „umweltschädlich“ eingestuft, was bedeutet, dass sie keine Verhaltensänderungen wie Energieeinsparungen oder Energieeffizienzsteigerungen bewirken<sup>67</sup>. In der TICC kommen Ausnahmeregelungen jenen Unternehmen zugute, die sich der Umwandlung von Biomasse in Energie widmen.<sup>68</sup> Die Steuerrückgang zwischen Benzin und Diesel belief sich 2018 auf 3 Milliarden Euro.<sup>69</sup> Die Budgettransfers wurden weitgehend eingestellt, so dass nur noch Forschungs- und Entwicklungssubventionen für fossile Brennstoffe – in Höhe von etwa 38,4 Millionen Euro im Jahr 2018 – übrigbleiben.<sup>70</sup>

Darüber hinaus definieren Umwelt-Verbände<sup>71</sup> auch Exportkredite für Projekte zur Produktion fossiler Brennstoffe als Subventionen – da sie eine öffentliche Unterstützung für nationale Exporteure darstellen, die um Auslandsverkäufe konkurrieren.<sup>72</sup> Exportkredite können in Form von „Direktkrediten an ausländische Käufer, Refinanzierung oder Zinsstützung oder Exportkreditversicherung oder Garantien für von privaten Finanzinstitutionen gewährte Kredite“<sup>73</sup> erfolgen und beliefen sich 2018 auf

IGF / CGEDD (2019), Green Budgeting], S. 13, <https://www.vie-publique.fr/sites/default/files/rapport/pdf/194000745.pdf>; CPO-Bericht (2019).

<sup>59</sup> ETD (2003), Art. 2 (4) und Art. 14 (1).

<sup>60</sup> LOI n° 2013-1278, Art. 32 i.V.m. PLF 2014, Art. 20, exposé des motifs.

<sup>61</sup> Réseau Action Climat (2019), Subventions aux énergies fossiles – où sont passés les 11 milliards d’euros?

<sup>62</sup> Beschluss der Kommission vom 27. Oktober 2014 zur Festlegung einer Liste von Sektoren und Teilsektoren, von denen angenommen wird, dass sie einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgesetzt sind, gemäß der Richtlinie 2003/87/EG für den Zeitraum 2015 bis 2019, [2014/746/EU].

<sup>63</sup> ETD (2003), Art. 14.

<sup>64</sup> CPO-Bericht (2019), S. 15.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Ebd., S. 16.

<sup>67</sup> Cour des comptes (2016), L’efficience des dépenses fiscales relatives au développement durable, <https://www.ccomptes.fr/sites/default/files/EzPublish/20161108-efficience-depenses-fiscales-developpement-durable.pdf>.

<sup>68</sup> IGF / CGEDD (2019), Green Budgeting, Annex X, p. 26.

<sup>69</sup> CPO-Bericht (2019), S. 17.

<sup>70</sup> IEA (2019), Energy Technology RD&D Budgets 2019, <https://www.iea.org/reports/energy-technology-rd-and-d-budgets-2019>.

<sup>71</sup> Réseau Action Climat (2019), Subventions aux énergies fossiles – où sont passés les 11 milliards d’euros?

<sup>72</sup> OECD (2019), Export credits, <https://www.oecd.org/trade/topics/export-credits/>.

<sup>73</sup> Ebd.

insgesamt 450 Millionen Euro und decken hauptsächlich Erdgasprojekte ab.<sup>74</sup> Insgesamt beliefen sich die französischen Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2018 auf 13,64 Milliarden Euro.

### 4.3 Geplante Änderungen der Subventionen für fossile Brennstoffe

Das Finanzgesetz für 2020 enthält drei neue Maßnahmen zu Subventionen fossiler Brennstoffe. Zwei zielen darauf ab, die Subventionen für fossile Brennstoffe zu reduzieren, und eine neue Subvention wird eingeführt. Erstens die Erhöhung des TICPE-Satzes für Dieselmotoren, der für den Straßengüterverkehr ab 7,5 Tonnen verwendet wird, und zweitens die schrittweise Abschaffung der präferenziellen Steuersätze im Rahmen der TICPE für Off-Road Diesel. Die dritte Maßnahme ist eine neue Steuersenkung für den Stromverbrauch von Seeschiffen, die in Häfen stationiert sind.

**Straßengüterverkehr:** Die teilweise Steuerrückerstattung zugunsten des Straßengüterverkehrs – ab 7,5 Tonnen – wird um 2 ct/l reduziert, um den Anreiz für Investitionen in sauberere Fahrzeuge und die Entwicklung des intermodalen Verkehrs zu erhöhen. Zusätzliche Einnahmen aus dieser Maßnahme werden zur Verbesserung der nicht konzessionierten nationalen Straßeninfrastruktur verwendet.<sup>75</sup> Diese Maßnahme wurde trotz der Ablehnung durch den französischen Senat verabschiedet, der argumentierte, dass der Sektor einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist und sich in Frankreich hauptsächlich aus kleinen und mittleren sowie sehr kleinen Unternehmen zusammensetzt. Der französische Senat hatte die Tatsache hervorgehoben, dass der Marktanteil des französischen Straßengüterverkehrs auf internationaler Ebene in den letzten 20 Jahren um 85 % zurückgegangen ist.<sup>76</sup>

**Off-Road Diesel:** Der Versuch der französischen Regierung, die präferenziellen Steuersätze für Off-Road-Diesel auslaufen zu lassen, wurde im Entwurf des Finanzgesetzes für 2020 (PLF 2020) erneuert. Dieser Ausstieg war bereits im PLF 2019 für 2018 vorgesehen<sup>77</sup>, wurde aber zusammen mit dem Einfrieren der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Steuersatzes und der Benzin-Diesel-Steuerkonvergenz aufgehoben<sup>78</sup>. In ihrem zweiten Versuch schlägt die französische Regierung einen schrittweisen Ausstieg über drei Jahre vor. Die Steuer auf Off-Road-Diesel wird sich zunächst auf 37,86 ct/l im Jahr 2020 verdoppeln und im Jahr 2021 auf 50,27 ct/l sowie im Jahr 2022 auf 59,40 ct/l ansteigen.<sup>79</sup> Der Landwirtschaftssektor ist von diesem schrittweisen Ausstieg ausgenommen. Darüber hinaus werden der Eisenbahntransport, die Binnenschifffahrt, der Hafenumschlag in den großen Seehäfen und die dem internationalen Wettbewerb stark ausgesetzten Rohstoffindustrien weiterhin einen bevorzugten Steuersatz haben. Und schließlich werden Unternehmen, die von der Erhöhung der Steuer auf Off-Road-Diesel betroffen sind, von der Unterstützung für Investitionen in energieeffiziente Motoren profitieren.

**Stromsteuersenkung für Seeschiffe:** Steuerbefreiungen auf EU-Ebene<sup>80</sup> für Treibstoffe der Seeschifffahrt und für an Bord eines Schiffes erzeugten Strom machen es für Schiffe billiger, ihren eigenen

<sup>74</sup> Bpifrance (2019), Evaluation Environnementale et Sociale, Assurance Export, <https://www.bpifrance.fr/Qui-sommes-nous/Nos-metiers/International/Assurance-Export/Evaluation-Environnementale-et-Sociale>.

<sup>75</sup> LOI n° 2019-1479 du 28 décembre 2019 de finances pour 2020, Art. 71 [im Folgenden: LOI N° 2019-1479], <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2019/12/28/2019-1479/jo/texte>.

<sup>76</sup> SENAT (2019), Projet de loi: PLF pour 2020, Amdt n° I-105, [http://www.senat.fr/enseance/2019-2020/139/Amdt\\_I-105.html](http://www.senat.fr/enseance/2019-2020/139/Amdt_I-105.html).

<sup>77</sup> Projet Loi de Finances pour 2019, n° 1255, Art. 19, <http://www.assemblee-nationale.fr/15/pdf/projets/pl1255.pdf>.

<sup>78</sup> Castrec (2018), Dans le Finistère, les "vilets orange" choisit de lever le camp, <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/2018/12/04/01016-20181204ARTFIG00321-dans-le-finistere-les-gilets-orange-choisissent-de-lever-le-camp.php>

<sup>79</sup> LOI N° 2019-1479, Art. 60.

<sup>80</sup> ETD (2003), Art. 14.

Strom aus Öl zu erzeugen, wenn sie in Häfen stationiert sind. Diese Praxis verschmutzt mehr, als wenn die Schiffe die in den Häfen verfügbare Elektrizität nutzen. Daher wird die Steuer auf den Stromverbrauch von Schiffen, die in Häfen stationiert sind, auf 0,50 Euro/MWh – im Vergleich zu 22,50 Euro/MWh – gesenkt, sobald der Rat der EU seine Zustimmung erteilt hat.<sup>81</sup>

## 5 Bewertung

Die geplanten Änderungen der ETD werden wahrscheinlich zur Festlegung von Mindeststeuersätzen für fossile Brennstoffe in der EU führen, die teilweise auf deren CO<sub>2</sub>-Gehalt basieren. Dementsprechend werden diese Steuersätze auf EU-Ebene steigen, und es wird ein CO<sub>2</sub>-Preis in den Mitgliedstaaten und Sektoren festgelegt, in denen bisher keine CO<sub>2</sub>-Preise existieren. Die entsprechende Angleichung der Steuersätze auf einem höheren Niveau verbessert das Funktionieren des EU-Binnenmarktes, weil die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, ihren Industrien durch sehr niedrige Steuern auf fossile Brennstoffe einen Kostenvorteil zu verschaffen, verringert wird. Darüber hinaus tragen höhere Mindeststeuersätze nach der IWF-Definition zum Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe bei, da weniger externe Kosten unberücksichtigt bleiben. In Frankreich werden bereits Energiesteuern auf fossile Brennstoffe sowohl auf die Menge/Masse als auch auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Energieträger erhoben. Die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer CCE ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer effizienten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Frankreich. Allerdings wird der Einsatz erneuerbarer Energien durch die Unvorhersehbarkeit des CO<sub>2</sub>-Preisverlaufs und dessen Einfrieren im Jahr 2019 negativ beeinflusst, da dies die Planungssicherheit der Investoren einschränkt.

Die vorgeschlagenen Änderungen der ETD berücksichtigen auch die schrittweise Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe. Die EU-Kommission verlangt von den EU-Mitgliedstaaten bereits eine Auflistung ihrer Energiesubventionen, insbesondere für fossile Brennstoffe. Die EU sollte jedoch klare Definitionen dafür festlegen, was als Energiesubvention gilt. Subventionen für fossile Brennstoffe wie Steuerbefreiungen, Steuersenkungen, Budgettransfers oder andere Formen von Steuer-Mindereinnahmen stellen ein Hindernis für die Erzielung erheblicher CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktionen dar, da Energieeinsparungen und Energieeffizienzsteigerungen in den subventionierten Sektoren begrenzt bleiben. Sie führen auch zu einer ungünstigen steuerlichen Behandlung von kohlenstoffarmen Brennstoffen und erneuerbaren Energien. Allerdings ist es nach wie vor schwierig, die Subventionen für fossile Brennstoffe in Sektoren, die im grenzüberschreitenden Wettbewerb stehen, wie z.B. dem Straßengüterverkehr, auslaufen zu lassen, da die großen Unterschiede zwischen den von den Mitgliedstaaten angewandten Sätzen, die sich erheblich von den in der EVD festgelegten Mindestsätzen unterscheiden, die Praxis des „Tanktourismus“ ermöglichen. Dies ist insbesondere in Grenzgebieten und beim Transport mit Lastkraftwagen aufgrund des Fassungsvermögens ihrer Treibstofftanks der Fall.<sup>82</sup> In der Luftfahrt wird der weltweite Tanktourismus ein Problem bleiben, solange die Abschaffung der Kerosinsubventionen nur in der EU und nicht global umgesetzt wird. In Frankreich tragen zudem die Steuer-Mindereinnahmen zur geringen öffentlichen Akzeptanz der CO<sub>2</sub>-Steuer bei.

<sup>81</sup> LOI n° 2019-1479, <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2019/12/28/2019-1479/jo/texte>.

<sup>82</sup> Conseil des Prélèvements Obligatoires (2019), La fiscalité environnementale au défi de l'urgence climatique, S. 194.

## 6 Fazit

Angesichts des klimapolitischen Schwerpunkts der EU-Kommission bei der anstehenden Revision der ETD hat Frankreich einen Vorsprung vor anderen EU-Mitgliedstaaten: Die französischen Energiesteuern auf fossile Brennstoffe basieren bereits zum Teil auf deren CO<sub>2</sub>-Gehalt, und es ist geplant, einige Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2020 zu reduzieren. Die CCE ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer effizienten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Frankreich. Ein Handicap für den Erfolg der CO<sub>2</sub>-Preise ist, dass die meisten Einnahmen in den allgemeinen Haushalt fließen, während nur 20% der TICPE für die Finanzierung der Energiewende verwendet werden. Die Gelbwesten-Proteste zeigten den Mangel an öffentlicher Unterstützung. Um zum ursprünglichen Pfad der CO<sub>2</sub>-Besteuerung zurückzukommen, sollte die französische Regierung einen beträchtlichen Teil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an Haushalte und Industrien rückverteilen. Da die Energiesteuern in Frankreich immer noch erhebliche Subventionen für fossile Brennstoffe in Form von Steuerbefreiungen und -ermäßigungen beinhalten, sollte Frankreich seine Bemühungen um einen schrittweisen Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe verstärken, um die Wirksamkeit seiner CO<sub>2</sub>-Besteuerung zu erhöhen. EU-Mindeststeuersätze für fossile Brennstoffe auf der Grundlage ihres CO<sub>2</sub>-Gehalts und eine europäische Definition der Subventionen für fossile Brennstoffe würden Wettbewerbsverzerrungen verringern und damit den Ausstieg aus den Subventionen für fossile Brennstoffe erleichtern.

**Zuletzt in dieser Reihe veröffentlicht:**

- Nr. 8/2020: Bewältigung der Corona-Krise (März 2020)
- Nr. 7/2020: cepDefault-Index Frankreich 2020 (März 2020)
- Nr. 6/2020: Reform der Strompreiskompensation (März 2020)
- Nr. 5/2020: Data Pools as Information Exchanges between Competitors (Februar 2020)
- Nr. 4/2020: Das Geld von Morgen? (Februar 2020)
- Nr. 3/2020: Reformland Frankreich (Februar 2020)
- Nr. 2/2020: Umverteilung durch die EU und den horizontalen Länderfinanzausgleich (Januar 2020)
- Nr. 1/2020: Das Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (Januar 2020)

**Autorin:**

Ola Hanafi ist Wissenschaftliche Referentin am Centre de politique européenne, Paris.